

löwenzahn

Mitteilungsblatt der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig _Heft 01 | 2020

Leipzigs neuer Nahverkehrsplan [↗ Seite 2/3](#)

Existenzgründungen als Motor
für wirtschaftliches Wachstum [↗ Seite 5](#)

Kommunales Sozialwohnungsbauprogramm:
Nur ein Tropfen auf den heißen Stein [↗ Seite 6](#)



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



Leipzigs neuer Nahverkehrsplan >>>

Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung

In den vergangenen Tagen und Wochen waren die Ereignisse der Silvesternacht am Connewitzer Kreuz in den Medien und bei den Leipzigerinnen und Leipzigern sehr präsent.

Klar ist: Für uns als Fraktion DIE LINKE sind gewalttätige Exzesse nicht links, sie sind apolitisch und kriminell. Wir verurteilen diese Straftaten auf das Schärfste und gehen davon aus, dass die Gewalttäter zur Rechenschaft gezogen werden. Unser Mitgefühl gehört allen verletzten Personen, denen wir eine schnelle und umfangreiche Genesung wünschen.

Gewalt kann und darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Um die Probleme von Gentrifizierung und Verdrängung in Leipzig anzusprechen, bedarf es keiner Straßenschlachten. Ein solches Verhalten ist nur Wasser auf die Mühlen derer, die nach mehr Law and Order schreien. Probleme werden damit zweifelsohne nicht gelöst.

Allerdings ist es aber auch legitim, die Einsatztaktik der Polizei in der Silvesternacht zu hinterfragen und ob von ihrer Seite alles getan wurde, um die Stimmung vor Ort zu deeskalieren.

Alle demokratischen Fraktionen im Stadtrat sind nunmehr gefordert, darauf hinzuwirken, dass sich solche Gewaltszenen in keinem Stadtteil Leipzigs wiederholen.

↳ Sören Pellmann

Auch wenn der Begriff „Nahverkehrsplan“ zunächst nicht sehr spannend klingt, ist er für eine Stadt wie Leipzig von außerordentlich großer Bedeutung. Er setzt den Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und ist Grundlage für alle diesbezüglichen Einzelentscheidungen. Man sollte denken, dass ein solcher Plan in Zeiten, in denen Klimawandel, Verkehrschaos, Luftverschmutzung oder Lärmbelastung allgegenwärtig sind, recht hohe Priorität in der Stadtpolitik hat. Doch leider wurden wir eines „Besseren“ belehrt. Es bedurfte über einen Zeitraum von mehr als vier Jahren einer Vielzahl von Anträgen, Nachfragen, Kritiken, ja sogar einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister, um die Verwaltung zum Handeln zu bewegen.

Dabei scheint es doch offensichtlich, dass eine Nahverkehrsplanung von 2007, als Leipzig ca. 510.000 Einwohner*innen hatte, nicht mehr funktionieren kann, wenn diese Zahl die 600.000er Marke knackt und Ansiedlungen von Unternehmen zunehmen.

Nun ja, im Dezember 2019 endlich stand die Fortschreibung des Nahverkehrsplans zur Abstimmung. Nach dieser langen Odyssee der Entstehung könnte man ja denken, der Inhalt sei besonders zukunftsweisend und ambitioniert. Aber weit gefehlt. Schon die 38 Änderungsanträge der Fraktionen zeigen, dass der Plan die Erwartungen nicht erfüllt. Wir als Linksfraktion haben allein schon 11 Änderungsanträge gestellt.

Ein gemeinsamer Antrag mit der SPD-Fraktion sollte die Absicht zur Einführung eines 365-Euro-Tickets untermauern. Ich halte dieses Ticket für einen

wichtigen Baustein, um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen. Nicht umsonst



haben wir die Initiative ergriffen und den Oberbürgermeister mit der Vorlage eines Konzeptes zur Einführung beauftragt. Bis Ende März soll ein Ergebnis vorliegen. Sollten wir tatsächlich vom Bund Geld für die Einführung bekommen, dann müssen wir in den Turbomodus wechseln und nicht weiter im Schnecken gang verharren.

Apropos Schnecken gang: Beim barrierefreien Ausbau der Bus- und Straßenbahnhaltestellen ist die Verwaltung genau in dem Tempo unterwegs. Bei über 500 noch umzubauenden Bushaltestellen schlägt die Verwaltung den Umbau von gerade einmal 20 Haltestellen im

Antrag der Linksfraktion nach vier Jahren endlich umgesetzt



Jahr vor. Und da reden wir über zehn Haltepunkte jeweils stadtein- und

ativ wie für jene, die nicht 17 Uhr Feierabend haben. Jede Verkäuferin, die bis 20 Uhr arbeitet, ist mit einem Stundentakt ab 19:30 Uhr aufgeschmissen. Wir müssen also dringend eine Ausweitung der Normalverkehrszeit prüfen. Für alle drei Anträge konnten wir im Dezember eine Mehrheit im Stadtrat erringen.

Dass die Verwaltung mitunter Stadtratsbeschlüsse eher als Empfehlung ansieht, macht ein weiterer Antrag zur Anbindung der Halle 7 in der Bauwollspinnerei ersichtlich. Bereits zweimal wurde der Beschluss gefasst, die Halle 7 mit einer Direktverbindung an den ÖPNV anzuschließen. Und das bereits bis Ende 2019! Diese Planung war im neuen Nahverkehrsplan aufzunehmen. Und was fehlt natürlich im Nahverkehrsplan? Genau diese Passage. Mit dem Antrag unserer Fraktion wurde diese Anbindung nun ein weiteres Mal beschlossen. Wir hoffen sehr, dass diese Haltestelle nun kommt – eine dreifache Beschlussfassung sollte doch dann ausreichen! In der Ratsversammlung im Januar werden wir dazu ein weiteres Mal nachfragen.

Ein ganz grundsätzliches Anliegen ist für uns der Erhalt der Straßenbahninfrastruktur. Wir als LINKE sind der fes-

ten Überzeugung, dass das derzeitige Schienennetz nicht noch mehr ausgedünnt werden darf. Alle Beschlüsse zu Klimanotstand, zum 365-Euro-Ticket, zum Nachhaltigkeitsszenario und so weiter werden ad absurdum geführt, wenn wir gleichzeitig funktionierende Schienen abbauen und unser Netz verkleinern. Wir wollen, dass die Gesamtlänge des Haupt- und Betriebsnetzes auf dem derzeitigen Stand bleibt. Als wachsende Stadt braucht Leipzig eher die Erweiterung des Schienennetzes, zumindest aber den Erhalt auf dem jetzigen Stand. Es war ein großer Erfolg für uns, dass wir für diesen Antrag eine Mehrheit erreichen konnten. Das bedeutete dann sofort auch, dass die für die gleiche Ratsversammlung vorgelegte Entfernung der Gleisanlagen auf der Schlachthofbrücke zurückgenommen werden musste. Ein Erfolg auf ganzer Linie!

Alles in allem – da wir wichtige Anträge durchsetzen konnten – haben wir unser Votum noch einmal überdacht und dem Nahverkehrsplan mehrheitlich zugestimmt. Dies ist jedoch kein Grund, um lange auszuruhen. Man kann nur einen Haken an das Kapitel „2. Fortschreibung Nahverkehrsplan“ machen und sofort starten, um spätestens im Jahr 2022 mit der 3. Fortschreibung weiterzumachen. Dann wird es vielleicht auch ein Nahverkehrsplan, der wirklich Antworten auf den Klimanotstand gibt und eine Verkehrswende einläutet.

↳ Franziska Riekewald



Sanierung und Erweiterung statt Rückbau! Die Gleisanlagen der Schlachthofbrücke bleiben erhalten.

stadtauswärts. Mit einem unserer Anträge wollten wir wenigstens 40 Haltestellen pro Jahr festschreiben, und selbst dann würden wir immer noch über zehn Jahre für die Barrierefreiheit benötigen.

Wichtig war uns auch die Anbindung der Ortschaften. Aktuell fahren hier ab 19:30 Uhr die Busse nur stündlich. Gerade aber in den Abendstunden des Freitags bzw. des Samstags sehen wir Potenzial zum Umstieg auf den ÖPNV, wenn es z. B. um einen Besuch im Kino, im Gewandhaus oder aber auch auf dem Weihnachtsmarkt geht. Ein Stundentakt ist da ebenso wenig attrak-



Effiziente sowie attraktive Stadtbeleuchtung und Illumination

Im Herbst hat die Stadtverwaltung in einer nichtöffentlichen Vorlage einen „Lichtmasterplan für den öffentlichen Raum“ als Verwaltungshandeln vorgelegt. Normalerweise ist es üblich, dass solche grundsätzlichen Konzepte nach Bürgerbeteiligung und Beratung in den städtischen Gremien durch den Stadtrat beschlossen werden. Dieser Lichtmasterplan ist maßgebend für den gesamten öffentlichen Raum und berührt somit nicht nur die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste in Leipzig. Die Stadtbezirksbeiräte der LINKEN in Süd haben deshalb beantragt, diese Vorlage im öffentlich tagenden Beirat zu behandeln.

Was die Gebäudeillumination und Stadtbeleuchtung angeht, spielt Leipzig seit vielen Jahren in der Weltliga von über 60 Großstädten, wie Lyon oder Schanghai, auf vier Kontinenten mit und gehört

der internationalen Vereinigung LUCI an, deren Anliegen es ist, durch eine attraktive Beleuchtung der Freiräume und Gebäude die Städte attraktiver zu machen und gleichzeitig eine „Lichtverschmutzung“, insbesondere in Grünzügen und Parks, zu vermeiden.

Leuchtreklame oder Gebäudeilluminationen sollen auch aus Energiespargründen und als gewollter Teil der Attraktivität der Freiräume und Gebäude mit der Stadtbeleuchtung abgestimmt sein sowie das Sicherheitsempfinden erhöhen. Bereits 2011 hat sich die Stadt in einem Stadtratsbeschluss zu den Zielen der LUCI-Charta für urbanes Licht zur Förderung einer Kultur der Nachhaltigkeit in der Stadtbeleuchtung bekannt. Im gleichen Jahr berichtete ich neben Vertretern aus Sofia und Birmingham auf einer Tagung von PLUS Partner-

städten zu: „Best practices“/„gute Beispiele“ in Brüssel über die im gleichen Jahr in Leipzig erfolgte Erneuerung der Stadtbeleuchtung am Innenstadtring mit LED-Leuchten mit weißem Licht und die Umstellung der rund 360 Schinkel-Leuchten im Stadtzentrum auf LED. Wobei die Lichtfarbe und die Leuchtkörper in den Leuchten nicht von den Gasleuchten zu unterscheiden sind. Leipzig gewann damit auch bei einem bundesweiten Wettbewerb zu Modellprojekten für eine Intelligente Stadtbeleuchtung in der Innenstadt den 3. Preis. Die Energieeinsparung allein bei diesen beiden Vorhaben beträgt 230.000 kWh bei gleichzeitiger Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 158 t jedes Jahr. Deshalb hat sich unsere Fraktion seit 2012 in allen Doppelhaushalten mit Anträgen dafür eingesetzt, dass zusätzliche Mittel zur Beschleunigung der Modernisierung der Stadtbeleuchtung bereitgestellt werden. Quelle könnte auch die finanzielle Einsparung durch die bereits erfolgte Modernisierung von Stadtbeleuchtungspunkten wie bei einem revolutionierenden Fond sein, wodurch wiederum dauerhaft zusätzliche Einsparungen generiert werden. Wie es auch mit Bürgerbeteiligung funktionieren kann, wird derzeit bei der bevorstehenden Erneuerung der Beleuchtung in der Gartenvorstadt in Marienbrunn praktiziert. Dort wurde ein neuer Leuchtentyp kreiert, der sich in der äußeren Gestalt an den historischen Leuchten der Siedlung orientiert und auch in anderen Siedlungen aus dieser Zeit zum Einsatz kommen könnte.

➤ *Siegfried Schlegel*



360 Schinkel-Leuchten wurden im Stadtzentrum auf LED umgestellt

Leipzigs Konjunktur – Existenzgründungen als Motor für wirtschaftliches Wachstum



Leipzig wächst. Die Einwohneranzahl steigt. Die Bildungsstätten produzieren eine hohe Anzahl qualifizierter Fachkräfte. Allerdings: Trotz wachsender Konjunktur verfügen viele Bewohner Leipzigs nur über ein geringes Einkommen. Dennoch: keine Stadt bundesweit zieht so viele junge Menschen an.

Im Vergleich der 15 größten deutschen Städte belegt Leipzig mit einem Pro-Kopf-Einkommen von knapp 18.000 Euro pro Jahr einen der letzten Plätze. Dies klingt paradox, wenn doch immer mehr Großkonzerne ihre Werke in Leipzig ansiedeln. Ein Grund: Drei von zehn Vollzeit-Beschäftigten in Leipzig arbeiten im Niedriglohnssektor, der an fehlender bzw. schwindender Tarifbindung leidet. Mit 39 Prozent Tarifbindung ist Sachsen das Schlusslicht unter allen Bundesländern. Ebenso sind in Sachsen deutlich weniger große, gut zahlende Betriebe ansässig als in westlichen Bundesländern. Zudem mangelt es Leipzig an Firmenzentralen von High-Tech-Unternehmen und Entwicklungsdienstleistern, die regional Wertschöpfung erzeugen, langfristig in rentablen Geschäftsfeldern wachsen können und das Lohnniveau steigern.

Nach den konjunkturell schwachen Jahren in den 1990er Jahren benötigen wir wieder Neugründungen. Sie sind die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum. Neue Ideen, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle modernisieren nicht nur die Wirtschaftsstruktur, sondern schaffen auch neue Arbeitsplätze.

Als positives Beispiel dient das Förderprogramm für Wachstum und Kompe-

tenz im Leipziger Mittelstand 2013 bis 2015. Es hatte zum Ziel, ein "attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte" zu schaffen. In der Förderperiode wurden 174 Unternehmen, davon vier Neuansiedlungen, mit Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung, Meistergründungsprämien, Technologietransfer, Managementhilfe u. a. unterstützt. Mit der initialen Fördersum-

der Stadt zu halten. Ich würde begrüßen, wenn die Stadt Leipzig mit weiteren Fördermaßnahmen die positiven Ergebnisse des Förderprogramm für Wachstum und Kompetenz im Leipziger Mittelstand 2013 bis 2015 weiterführt und auch gezielt High-Tech-Gründer anspricht. Gleiches gilt, wenn Leipzig die Ergebnisse des Förderprogramms weiterhin prüft, um die Nachhaltigkeit der geschaffenen



me von weniger als 1 Mio. € konnten so über 200 Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein weiterer positiver Fakt: 17 Prozent aller geförderten Unternehmen kamen aus der Branche Informations- und Kommunikationstechnologie. Diese Branche trägt knapp fünf Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Leistung Deutschlands bei und schafft über 1 Mio. Arbeitsplätze.

Trotz hohen Gründungsinteresses stagniert jedoch die Zahl der Unternehmensgründungen in Leipzig. Laut IHK ist der zunehmende Fachkräftemangel einer der Gründe. Qualifizierte Fachkräfte können gute Konditionen für ihre Anstellung aushandeln und sind nicht auf Gründungen angewiesen. Sie gilt es in

Arbeitsplätze sicherzustellen – denn die Leipziger Bevölkerung benötigt keine Kurzzeitverträge, sondern solche mit Perspektive.

Übrigens: Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung steigt die Zahl der Unternehmensgründungen in konjunkturellen Schwächephasen und sinkt in Perioden des Aufschwungs. 2019 hat sich die Geschäftslage Leipziger Unternehmen deutlich eingetrübt (IHK-Geschäftsklima-Index Herbst 2019). Vielleicht ist das ein kleiner, zündender Funke für Leipzigs Gründer.

↳ Dr. Olga Naumov



Kommunales Sozialwohnungsbauprogramm gestartet: Nur ein Tropfen auf den heißen Stein

Wohnen ist auch in Leipzig längst zur drängendsten sozialen Frage geworden. Laut Sozialreport der Stadt stiegen die Angebotsmieten in Leipzig seit 2013 um 30 Prozent, in neueren Wohngebäuden sogar um fast 50 Prozent. Die derzeit in vielen Vierteln angebotenen Mieten in Neubauten beginnen in der Regel bei 10,00 Euro kalt. Die Wohnkosten steigen derzeit schneller als die Löhne. Bereits jetzt geben die Leipziger*innen durchschnittlich ein Drittel ihres Einkommens für die Miete aus.

Eines der wenigen Instrumente, um soziale Mieten zu garantieren, ist die soziale Wohnraumförderung. Erst seit 2017 stellt der Freistaat den Kommunen wieder Mittel für soziale Wohnraumförderung zur Verfügung. Bis dahin waren die Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung in Leipzig von über 20.000 in den 1990er Jahren auf 313 gesunken.

Die Bundesmittel, die Sachsen für sozialen Wohnungsbau bekommt, wurden

jahrelang zweckentfremdet eingesetzt. Im Jahr 2018 flossen von 142 Mio. Euro tatsächlich nur 40 Mio. in sozialen Wohnungsbau. Diese Praxis moniert auch Bundesbauminister Seehofer. Er verlangt sogar, die Mittel des Bundes durch Landesmittel zu ergänzen.

Allein in Leipzig wären jährlich 53 Mio. Euro notwendig, um die nötigen 1.300 Sozialwohnungen zu errichten. Realisieren kann die Stadt mit dem derzeitigen Förderbudget des Freistaates jedoch nur 725 per anno. Es kommt hinzu, dass die subventionierte Miete mit 6,50 Euro zirka 1,50 Euro über dem Satz der Kosten der Unterkunft (KdU) liegt, die Sozialleistungsempfänger*innen beziehen, um ihre Miete zu bezahlen. Das bedeutet: Die Ärmsten werden sich auch diese Wohnungen nicht leisten können. Der Begriff „Sozialwohnung“ ist hier daher irreführend.

Zudem entfaltet die Landesrichtlinie gerade bei großen Wohnungen keine Wirkung.

Nun werden über dieses kommunale Programm die ersten 31 Wohnungen errichtet. Zu der Förderung des Landes in Höhe von 3,50 Euro/ Quadratmeter gibt die Stadt Leipzig jeweils 1,56 Euro hinzu, so dass die Quadratmetermiete unter 5 Euro gesenkt werden kann.

Diese 31 Wohnungen sind allerdings nur ein Tropfen auf den heißen Stein. 69.357 Menschen bezogen in Leipzig im Jahr 2018 Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern 2 (Hartz IV) bzw. 12 (Sozialhilfe), Menschen, die auf die Übernahme ihrer Mietkosten durch das Jobcenter angewiesen sind. Die letzte Erhöhung der Richtwerte für die Kosten der Unterkunft erfolgte in Leipzig zum April 2018, allerdings auf einer veralteten Datenbasis vom Januar 2016. Die Kostenätze bilden das gestiegene Mietniveau keinesfalls ab. So wird es für Betroffene immer schwerer bis unmöglich, Wohnungen zu finden oder Mieterhöhungen zu kompensieren.

Es braucht endlich eine sachgemäße Erhöhung der KdU, die sich an aktuellen Daten zur Mietentwicklung orientiert. Zudem muss das kommunale Wohnungsbauergänzungsprogramm ausgeweitet werden, sodass mehr wirklich bezahlbare Wohnungen auch für jene entstehen, die geringere Einkommen haben. Die Linksfraktion wird sich weiter dafür stark machen: Wohnen ist ein Menschenrecht!

↳ *Juliane Nagel*

Anm. d. R.:

Inzwischen liegt eine Information zu neuen Richtwerten für die KdU vor. Die Anpassung gilt ab dem 1. Februar. (DS 00251)



Darum hat die Linksfraktion bereits im Jahr 2018 im Stadtrat beantragt, dass die Stadt Leipzig ein kommunales Wohnungsbauprogramm für den sozialen Geschosswohnungsbau erarbeitet. Mit ihm sollen vor allem 5-Raum- oder größere Wohnungen geschaffen werden, die auch für Menschen mit niedrigen Einkommen oder im Sozialleistungsbezug bezahlbar sind. Diesem Anliegen folgte der Stadtrat und stellte dafür insgesamt 900.000 Euro zur Verfügung.

Bürgerhaushalt in Leipzig – Konkrete Umsetzung endlich in Sicht



Der Haushalt unserer Stadt ist für manche in der Bürgerschaft das spannendste Zahlenwerk, das sie sich denken können. Für viele andere wiederum bleibt er ein Buch mit sieben Siegeln. Dabei geht es doch aber bei all den vielen Einnahmen und Ausgaben um jeden Einzelnen und um das ausgewogene Zusammenleben aller in unserer Stadt.

Um eine Brücke zwischen den Trägern verschiedener Interessen und der Umsetzung einzelner favorisierter, wirkungsvoller Ausgaben zu bauen, hat unsere Fraktion vorgeschlagen, einen Bürgerhaushalt aufzustellen. Dieser Antrag wurde durch den Stadtrat grundsätzlich angenommen. Nun geht es um die konkrete Ausgestaltung. So soll – das ist unser Ziel – das bisherige Verfahren der Einwände zum Haushaltsentwurf weiterentwickelt, Ideen von Bürgerinnen und Bürgern aus allen Stadtteilen zusammengetragen, nach Dringlichkeit geordnet und auf Machbarkeit getestet werden, sodass der Stadtrat final darüber im Rahmen des Gesamthaushalts abstimmen kann. Das

neue Begleitgremium Bürgerbeteiligung sowie die Stadträtinnen und Stadträte sind in den gesamten Prozess involviert. Dass es sich dabei generell um die Finanzierung von Vorhaben handeln muss, die in den Kompetenzbereich unserer Stadt fallen, versteht sich. Aufgaben zum Beispiel des Freistaates Sachsen oder Vorhaben der privaten Wirtschaft bleiben vom Bürgerhaushalt unberührt. Dagegen können engagierte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt die Initiative ergreifen, wenn es zum Beispiel um die Sanierung einer bestimmten Grünfläche geht oder um ein Veranstaltungsformat, das viele Akteure erreicht. Unter dem Strich – so unser Ziel – soll der künftige Bürgerhaushalt eine Weiterentwicklung der demokratischen Teilhabe in unserer Stadt und die aktive Beteiligung vieler an der Weiterentwicklung ihres Wohnumfelds im weitesten Sinne ausdrücken.

Ein Bürgerhaushalt ist insofern ein Stück gelebte Demokratie wie es sie u. a. in Lissabon, New York, Madrid und Stuttgart seit Jahren bereits gibt.

Nach unserer Auffassung soll beginnend mit dem Doppelhaushalt 2021/22 Stück für Stück ein funktionierender Bürgerhaushalt im Einklang mit dem Gesamthaushalt unserer Stadt eingeführt und 2023/24 abgeschlossen werden. Er wäre für alle Beteiligten neu und stellt einen Lernprozess dar. Bürgerinnen und Bürger würden damit in größerem Umfang zu aktiven Mitgestaltern von Lokalpolitik. Und die gelungene Umsetzung gewünschter Vorhaben würde weitere Mitstreiter für kommende Bürgerhaushalte zum Mitmachen und zur Suche nach passenden Lösungen anregen. Er wäre dann in Form von transparenter Haushaltspolitik ein demokratischer Beteiligungsprozess mit Gewinn für alle. Dafür werden wir bis zum Sommer dieses Jahres alles tun, damit das Projekt auch tatsächlich vollständig und im zeitlichen Rahmen gelingt.

➤ *Steffen Wehmann*



*Neu in der Geschäftsstelle:
Seit 1. Dezember 2019 Birthe Jähne Kleemann,
verantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit, und
seit 1. Januar 2020 Steffen Wehmann mit dem
Aufgabenschwerpunkt Haushalt und Finanzen.*

Eher gegen Hitler als die späten Helden: Endlich Ehrung für Georg Elser



Linker, pazifistischer, kirchlicher, bürgerlicher und militärischer Widerstand sollten in Leipzig (wieder) ein angemessenes Gedenken finden. Auch jene Einzelpersonen, die mit Mut und Entschlossenheit ohne den Rückhalt einer Organisation darangingen, sich dem Regime zu verweigern, Verfolgte zu schützen oder gar aktiven Widerstand zu leisten. Einer, der dabei lange in Ost und West zu Unrecht vernachlässigt wurde, war Ge-

org Elser. Früher als andere erkannte der Arbeiter Elser, wohin die Politik des Naziregimes führt. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen, längst hatten sich Gestapo und Konzentrationslager zum berüchtigten Schrecken entwickelt und Menschen waren bereits in großer Zahl wegen ihrer Gesinnung der Terrorjustiz zum Opfer gefallen. Elser versuchte trotz alledem oder gerade deshalb mit ungeheurem persönlichem Einsatz und hohem Risiko für sein Leben den Tyrannen und einige seiner Paladine bei einem ihrer Propagandaauftritte zu beseitigen. In wochenlanger geheimer Arbeit bereitete er die Beseitigung der führenden Köpfe des Naziregimes durch ein Bombenattentat im für die NS-Bewegung traditionsreichen Münchener Bürgerbräukeller vor. Das Vorhaben am 8.11.1939 war so geeignet, das Ziel zu erreichen, dass nur der Zufall Hitler und weitere führende NS-Funktionäre rettete. Bei ungestörtem Fortgang des angekündigten Zeitplans wäre das Regime seiner zentralen Gestalten beraubt gewesen und zumindest in Nachfolgekrisen verwickelt worden. Vielleicht hätte dies auch die Fortsetzung der Eroberungspläne gestört.

Elser steht mithin dem Attentäter Stauffenberg nicht nur gleich. Erkenntnisse und Entschlossenheit, zu denen viele Verschwörer des 20. Juli noch Jahre benötigten, zeigte Elser lange vor diesen. Am 80. Jahrestag des Ereignisses brachte DIE LINKE den Antrag auf die Prüfung der Umbenennung der Lindenauer Gasthofbrücke in Georg-Elser-Brücke im Stadtrat ein. Bereits 2012 gab es dafür Initiativen, die jedoch damals scheiterten. Seitdem hat sich in der geschichtlichen Sicht auf Elser viel getan und vielfältig sind die Würdigungen in Dokumentationen, Spielfilmen und bei der Benennung öffentlicher Plätze und Straßen. Lediglich in unserer Gegend sieht es diesbezüglich noch düster aus. Nach einer symbolischen Umbenennung der Brücke und weiteren Vorberatungen steht auch die Verwaltung der Brückenbenennung positiv gegenüber.

↳ Marco Götze

Anm. d. R.:

In der Ratsversammlung am 22. Januar wurde unser Antrag zur Ehrung von Georg Elser angenommen - zukünftig wird die genannte Brücke seinen Namen tragen.

➤ **TERMINE** Sie finden alle Termine unter www.linksfraktion-leipzig.de ➤ **Termine**

IMPRESSUM ➤ Herausgeber **DIE LINKE**. Fraktion im Stadtrat zu Leipzig | **Geschäftsstelle** Neues Rathaus | 04092 Leipzig | **GF** Rüdiger Ulrich
Telefon (03 41) 1 23-21 50 / -21 59 | **Fax** (03 41) 1 23-21 55 | linksfraktion@leipzig.de | www.linksfraktion-leipzig.de
V. i. S. d. P. Sören Pellmann | **Redaktionsschluss:** 20. 01. 2020 | **nächste Ausgabe:** April 2020

Gestaltung Susanne Weigelt, Leipzig | © Bildnachweis – Titelbild, S. 2/3 und S.4: Fraktion DIE LINKE | S. 5: Fotomanufaktur JL/Adobe Stock | S. 6: SZ-Designs/Adobe Stock | S. 7: Photopapree.eu/Adobe Stock | S. 8: Archiv DPA